

# Vor 50 Jahren – in 50 Jahren. Oder: Von der Funktionsanalyse zur Systemanalyse

Wolfgang Blaas

Als Egon Matzner vor 50 Jahren die Zeitschrift „Der Öffentliche Sektor“ gründete, war es eine seiner zentralen Forschungsinteressen, die Aufgaben des öffentlichen Sektors vor dem Hintergrund ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Sinnhaftigkeit zu untersuchen, zu bewerten und gegebenenfalls Reformvorschläge auszuarbeiten. Die Ergebnisse seiner diesbezüglichen Arbeiten führten 1982 zu einer vielbeachteten Buchpublikation – „Der Wohlfahrtsstaat von morgen. Entwurf eines zeitgemäßen Modells staatlicher Interventionen“.

Im Mittelpunkt der Überlegungen dieser Arbeit stand die Frage, welche Aufgaben der öffentliche Sektor übernehmen sollte und auf welche Art und Weise sie erfüllt werden sollten – also eine „Funktionsanalyse“ öffentlicher Tätigkeit. Dabei spielten Fragen der Ökologie und Nachhaltigkeit noch keine Rolle. Zwar hatte der Club of Rome schon in den Siebzigerjahren vor den Grenzen des Wachstums gewarnt. Den ökologischen und systemischen Aussagen des Clubs begegnete man aber in den 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts eher mit Skepsis.

Die Fragestellung der Funktionsanalyse war durchaus komplex, wenn man die vielfältigen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenhänge und Interessenlagen berücksichtigt. Leider ist die Aufgabe der Ökonomie, und im Besonderen der Public Economics, wie die Finanzwissenschaft treffender im Englischen heißt, heute noch viel komplexer angesichts der Herausforderungen der nächsten 50 Jahre.

*Sie besteht nämlich in nichts Geringerem als darin, erstens ein Wirtschaftssystem zu entwerfen, das langfristig mit den planetarischen Grenzen der Erde kompatibel ist. Und zweitens muss ein gewaltfreier und demokratischer Weg hin zu diesem System, ausgehend von der heutigen Situation, konzipiert<sup>1</sup> werden.*

Aus meiner Sicht eine wahre Herkulesaufgabe.

Die Ökonomie wird diese Aufgabe keinesfalls in ihrer heutigen Verfassung lösen können. Sie muss das Glasperlenspiel der Theorie des „Allgemeinen Gleichgewichts“

verlassen und sich der Realität des wirtschaftlichen Geschehens stellen, das eingebettet ist in die planetarische Ökologie und in gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen. Das bedeutet, dass es einer interdisziplinären Anstrengung bedarf, bei der nicht nur sozial- und naturwissenschaftliche Expertise gefragt ist, sondern u.a. auch historisches Wissen, aus dem möglicherweise Lösungsideen abgerufen werden können.

Denn die planetarischen Grenzen bestehen auf der einen Seite (Input) aus den stofflichen Voraussetzungen der Produktion, auf der anderen Seite (Output) aus der (dringenden) Notwendigkeit, CO<sub>2</sub> (und andere) Emissionen auf ein Niveau zu reduzieren, das die Erde nicht (noch) weiter aufheizt.

Die Frage ist also einerseits, welcher Materialinput langfristig zur Verfügung steht, um die Produktion von Sachgütern und Dienstleistungen zu ermöglichen, und andererseits, welche emissionsfreien Energieformen für diese Produktion in welchem Umfang vorhanden sein werden.

Die weitverbreitete Antwort auf diese Frage lautet: „grünes Wachstum“. So gut wie alle Parteien und Politiker\*innen und die meisten Ökonom\*innen und einschlägigen Berater\*innen sind der Meinung, dass alles so bleiben kann wie es ist, die Produktionsstrukturen, die Konsumgewohnheiten, unser ganzes Leben also. Wir müssen nur bei Produktion und Konsum die nicht-erneuerbare durch erneuerbare Energie ersetzen und rezyklierbare Rohstoffe verwenden – „grünes Wachstum“ also.

Diese Vision beruht (u.a.) auf der Erkenntnis, dass unser Wirtschaftssystem nur stabil bleibt, wenn die Summe der produzierten Güter und Dienstleistungen wächst. Eine gleichbleibende Produktionsmenge würde zu zunehmender Massenarbeitslosigkeit führen, und damit zu gesellschaftlicher und politischer Instabilität. Diese Erfahrung haben wir in Europa schon gemacht und wollen sie nicht wiederholen.

Ist also „grünes Wachstum“ ein realistischer Ausweg, die finale Erlösung? Daran darf gezweifelt werden. „Grünes Wachstum“ ist eine Illusion, wie von verschiedenen

<sup>1</sup> In der IPCC-Diktion „change by design not by disaster“.

Autor\*innen überzeugend argumentiert worden ist.<sup>2</sup>

Betrachten wir die Frage der Energie für das grüne Wachstum. Die einzige Energieform, die „grün“ in einem Ausmaß herstellbar ist, dass damit der Gesamtenergiebedarf einer Volkswirtschaft gedeckt werden kann, ist der Strom<sup>3</sup>. Zwar ist – global gesehen – die Sonnenenergie in einem solchen Übermaß vorhanden, dass damit der Energiebedarf in Form von Strom weltweit mehrfach gedeckt werden könnte. Allerdings ist damit das Energieproblem in unseren Breiten, d.h. z.B. in Europa, keineswegs gelöst. Denn der Strom muss (a) kontinuierlich, d.h. zu jeder Zeit und (b) zu Kosten bei Produzent\*innen und Konsument\*innen ankommen, die mit unserem Wirtschaftssystem „vertraglich“ sind. Das bedeutet u.a., dass auch das Speicherproblem gelöst werden muss, damit auch in Zeiten der Dunkelflaute (keine Sonne, kein Wind) genügend Energie vorhanden ist.

Die heutige Ökostrom-Kapazität (Wasserkraft, Sonne, Wind) liegt in Österreich bei etwa einem Drittel des Gesamtenergiebedarfs, in Deutschland etwa bei einem Fünftel. Es gibt also in den Industrieländern eine enorme Lücke an erneuerbarer Energie, die so schnell wie möglich geschlossen werden müsste, um auf die Netto-Null-Emissions-Linie<sup>4</sup> zu kommen. Zusätzlich müssen aber, wie etwa die Arbeiten von Schellnhuber<sup>5</sup> und anderen betonen, auch noch CO<sub>2</sub>-Mengen aus der Atmosphäre entfernt werden, um wieder auf einen (Über-)Lebenspfad einschwenken zu können.

Aber sind wir einmal sehr optimistisch und nehmen wir an, das würde innerhalb von wenigen Jahrzehnte gelingen. Dann ist aber noch immer der zweite limitierende Faktor zu berücksichtigen: das für die Produktion der Güter und Dienstleistungen notwendige stoffliche Material. Dieses muss sich langfristig einerseits aus biologisch nachwachsenden und andererseits aus rezyklierbarem Material zusammensetzen. Die Summe dieser Stoffe ist auf Dauer gesehen eine im wesentlichen konstante Größe, kann also nicht immer weiter vergrößert werden.

Die Aufgabe ist daher, ein langfristig stationäres Wirtschaftssystem (Kreislaufwirtschaft) zu entwickeln, das sowohl den Einschränkungen der Ressourcenseite als auch jenen der Öko-Energieversorgung gerecht wird. Ein solches System ist aber ein nicht-wachsendes Wirtschaftssystem.

Wir stehen damit vor einem fundamentalen Widerspruch: hier ein Wirtschaftssystem, das ohne Wachstum nicht stabil ist. Und da ein Planet, der ein ewiges Wachstum nicht erlaubt.

Diesem Widerspruch müssen wir uns als Wissenschaftler\*innen – und insbesondere als Ökonom\*innen – stellen. Ansonsten haben wir unsere Rolle in der Gesellschaft und unsere Verantwortung für die Menschheit nicht verstanden.

<sup>2</sup> Siehe z.B. J. Hickel, G. Kallis, Is Green Growth Possible? *New Political Economy*, Vol 26, 2020, Issue 4

<sup>3</sup> Biogas wird als weitere Energieform angeführt, die umweltverträglich ist. Das Potential von Biogas wird in Österreich auf maximal 58 TWh geschätzt, das sind etwa 15% des österreichischen Gesamtenergiebedarfs von rund 400 TWh (2022) pro Jahr (Wiener Umwelthanwaltschaft), der jährlich um etwa 2% ansteigt.

<sup>4</sup> Also jenes Maß, das die Absorptionsfähigkeit der Erde nicht übersteigt.

<sup>5</sup> Derzeit Direktor des Internationalen Instituts für angewandte Systemanalyse (IIASA).